

WELTFRIEDEN UND DAS PROBLEM  
ÖKUMENISCHER STRUKTUREN DER KIRCHE

Der Befund, der sich aus den vorstehenden Untersuchungen, besonders denen von G. Scharffenorth, K. Weymann und W. v. Eichborn ergibt, lautet: Die Kirchen der Bundesrepublik Deutschland haben sowohl die Probleme des Militärdienstes und der Militärseelsorge als auch der Kriegsdienstverweigerung, der Ersatzdienste und der freiwilligen Friedensdienste nicht wirklich verarbeitet. Es war nur eine kleine Schicht von Menschen innerhalb von Kirchenleitungen, Synoden oder Beratungs- und Studiengruppen, die an den Fragen arbeitete und weiterführende Lösungen suchte. Auffällig ist hierbei besonders, daß die Kirchen also nicht etwa für eine Seite — das Militär *oder* die Kriegsdienstverweigerer *oder* die freiwilligen Friedensdienste — Partei ergriffen und deshalb die andere Seite vernachlässigten. Vielmehr wurden alle drei Problemkreise verdrängt.

Wie ist dieser Befund zu erklären? Er hat gewiß verschiedene Gründe, unter denen im Blick auf die spezifisch deutsche Situation das Kriegstrauma eine besondere Rolle spielen dürfte. Isoliert man aber einmal die Perspektive der Kirchenstrukturen und fragt, welche Faktoren unter diesem Aspekt zu dem Verdrängungsprozeß beigetragen haben könnten, so legt sich folgende Hypothese nahe. Sowohl die Friedenssicherung wie die Friedensförderung kann heute nur noch in globalem, transnationalem Rahmen sachgemäß verstanden und durchgeführt werden. Durch die außerordentlichen Spannungen, die durch den wachsenden Abstand zwischen entwickelten, reichen und unterentwickelten, armen Ländern entstehen, ist dieser Sachverhalt, soweit er die infrastrukturelle Friedensförderung betrifft, in das allgemeine Bewußtsein getreten. Im Blick auf die Friedenssicherung schien der Durchbruch zu neuen transnationalen Lösungen schon mit dem Aufkommen der A-Waffen unumgänglich. Da sich aber durch das Gleichgewicht des Schreckens der Schein aufrechterhalten ließ, die atomare Strategie könne noch eine rational kontrollierbare

Sicherung des Friedens bedeuten, geschah dieser Durchbruch de facto nicht. Der Zwang zu einer transnationalen Rechts- und Friedensordnung anstelle der bisherigen Militärsysteme von Nationen und Blöcken scheint mir nun aber durch die Entwicklung der B-Waffen unausweichlich geworden zu sein<sup>1</sup>.

Die Kirchen jedoch haben sich nicht nur theoretisch, sondern vielmehr auch institutionell auf die regionalen politischen Einheiten bis höchstens zur Größe von Nationalstaaten eingestellt. In Deutschland besteht das besonders kuriose Bild, daß die kirchlichen Einheiten zum Teil nicht einmal den gegenwärtigen politischen Größen, sondern den Landesfürstentümern des 16. bis 19. Jahrhunderts angepaßt sind. Dadurch besteht ein massives strukturelles Hindernis, Informationen, die internationale Probleme betreffen, durch die bestehenden Kanäle zu leiten und sie auf dieser Basis zu verarbeiten<sup>2</sup>. Informationstheoretisch gesehen hat dieser strukturelle Befund freilich zwei Dimensionen. Einmal handelt es sich ganz einfach um ein instrumentales Problem: der Apparat regionaler kirchlicher Körperschaften ist vorwiegend auf die Kommunikation mit den entsprechenden politischen Einheiten eingestellt und eingeschliffen. Tiefer geht aber folgende Überlegung: Die Kommunikationssysteme der kirchlichen und politischen Organisationen und deren Verkoppelung sind ja nicht neutrale technische Hilfsmittel, sondern eingeschmolzen in Macht- und Herrschaftsstrukturen. Verstärkend und verhärtend auf die technisch inadäquaten Informationsstrukturen wirkt deshalb die Tatsache, daß die Verfügungsgewalt über die kirchlichen Zielsetzungen sowie über die finanziellen und organisatorischen Mittel bei regional inadäquaten Entscheidungsgremien liegt.

Blickt man von hier aus auf das spezifische Problem des Friedens, so ist es bezeichnend, daß alle freiwilligen Friedensdienste ökumenisch und

---

<sup>1</sup> Diese These werde ich im geplanten Bd. 5 der Studien zur Friedensforschung über die B-Waffen-Problematik unter dem Thema »Gerechte Gewalt, Gewalttätigkeit und Gewaltlosigkeit im B-Waffen-Zeitalter« näher zu begründen versuchen. Vgl. zur bisherigen internationalen Diskussion dieser Fragen den sehr hilfreichen Literaturbericht von E. Senghaas-Knobloch, Frieden durch Integration und Assoziation, Studien zur Friedensforschung, Bd. 2, Stuttgart 1969.

<sup>2</sup> Eine hervorragende neue Initiative hat die Pfälzer Landessynode entwickelt, die nach Abstimmung mit weiteren Landeskirchen angeregt hat, in der EKD ein zentrales Informationsverarbeitungszentrum für Friedensfragen aufzubauen.

international arbeiten. Dagegen sind z. B. von der regional organisierten Gemeindejugend der deutschen Kirchen erst sehr spät Impulse in dieser Richtung ausgegangen. Weiter kann man beobachten, daß die wenigen Personen und Gruppen in der EKD, die sich den Fragen der Friedenssicherung und -förderung mehr oder weniger intensiv gewidmet haben, zu der kleinen Schicht gehörten, die ökumenische Kontakte hat. In einer gesamtkirchlichen Lage aber, in der die Ökumene ein reiner Überbau über den eigentlich bestimmenden und prägenden Strukturen ist, kann es nicht verwundern, wenn die Friedensfragen, die auf provinzieller oder nationaler Basis schlechterdings nicht mehr adäquat gestellt oder gar beantwortet werden können, verdrängt werden<sup>3</sup>.

Welche strukturellen Veränderungen der Kirchen sind nötig und möglich, wenn diese Hypothese stimmt? Nötig wäre, daß der ökumenische und transnationale Bezugsrahmen auf allen kirchlichen Ebenen konstitutiv zum Tragen kommt. Wie ist das möglich? Zur Beantwortung dieser Frage muß man meines Erachtens nicht nur die Größe der Kirchen, sondern die gegenwärtigen kirchlichen Organisationsprinzipien selbst kritisch in Frage stellen. Unter ihnen ragen zwei hervor: das konfessionelle und das regionale Prinzip. Die Probleme der Konfessionen klammere ich hier aus, obwohl und weil sie eine sehr tiefe und komplexe Beziehung zur Stellung der Christenheit gegenüber dem Weltfrieden haben<sup>4</sup>. Sie können in einer so kurzen Skizze wie der vorliegenden nicht angemessen behandelt werden. Diese Einschränkung ist aber auch methodisch vertretbar, weil im Blick auf die faktische Organisation der Kirchen das *regionale Prinzip* überwiegt — angefangen bei dem Verständnis der Parodie

---

<sup>3</sup> Die Frage, warum die römisch-katholische Kirche, die ja doch universal verfaßt zu sein scheint, in den Fragen der Friedenssicherung und -förderung die nationalen und blockgebundenen Schemata kaum deutlicher transzendiert hat als die evangelische, klammere ich hier aus. Vgl. dazu immerhin H. E. Tödt, »Friedensforschung als Problem für Kirche und Theologie«, in: Studien zur Friedensforschung, Bd. 1, Stuttgart 1969, S. 41 f., und demnächst W. Hubers Beitrag in: Studien zur Friedensforschung, Bd. 4.

<sup>4</sup> Ich erwähne nur auf der einen Seite die Frage nach dem Verhältnis von Wahrheit und Frieden, auf der anderen Seite die Tatsache, daß die neuzeitlich-säkularen Friedensstrukturen und -theorien als Gegenreaktion auf die Konfessionskriege entstanden sind (vgl. zuerst am Ende des 16. Jahrhunderts die französische Partei der »Politiker«, unter ihnen besonders Hôpital und Bodin).

als kleinster Einheit bis hin zum Aufbau des Ökumenischen Rats nach national verfaßten Mitgliedskirchen<sup>5</sup>. Die Frage, welche strukturellen Implikationen das Verhältnis der Kirchen zum Weltfrieden im wissenschaftlich-technischen Zeitalter hat, läßt sich deshalb auf weite Strecken hin in Auseinandersetzung mit diesem Prinzip diskutieren.

Regionale Strukturen sind grundsätzlich und also auch heute unumgänglich, da bestimmte Probleme beim Zusammenleben der Menschen lokaler Art sind und also auch nur auf dieser Ebene gelöst werden können. Das gilt vom kommunalen Bereich bis hin zu regionalen Größen wie den USA oder Europa. Diese Ausdrucksweise sagt aber schon, daß nicht die Region das primäre Strukturprinzip ist, sondern die Aufgaben, die die menschlichen Gesellschaften und deren Gesamtheit in ihren Entwicklungen jeweils zu lösen haben. Blickt man auf das frühere, vorwiegend agrarisch geprägte Zeitalter, so kommt bereits der kleinen Region eine außerordentliche Bedeutung zu, da Grund und Boden der organisierende Faktor der Wirtschaft ist und Wohn- und Arbeitswelt sich weitgehend decken. Für eine solche Zeit ist auch die Parochialgemeinde eine angemessene Grundform kirchlicher Gemeinschaftsbildung. Anders verhält es sich in der zunehmend interdependenten industriellen und wissenschaftlich-technischen Zivilisation. Hier stellen sich immer größere Aufgaben bis hin zu universalen, von deren Bewältigung die Existenz der Menschheit abhängt. Die gleiche Überlegung könnte man am Sicherheitsproblem durchführen. Mit der immer effizienter ausgebildeten Waffentechnik veränderten sich die Bedingungen, unter denen sich eine Gemeinschaft vor Feindseligkeiten zu schützen vermochte, bis schließlich heute nur noch ein kollektives Sicherheitssystem einen dauerhaften Frieden gewähren kann. Damit sind u. a. die Nation und selbst eine Blockallianz als friedenssichernde Strukturen überholt. Auch hier stellt also eine neue Aufgabe die Tragfähigkeit partieller regionaler Organisationen in Frage. Folglich kann auch hier die Kirche ihren politischen Auftrag im nationalen Rahmen nicht mehr voll wahrnehmen.

---

<sup>5</sup> S. zuletzt die Aufstellung in: Bericht aus Uppsala 68, Genf 1968, S. 464 ff. Zum Verhältnis von konfessionellen und regionalen Strukturelementen in der Ökumene vgl. H. Meyer, »Konfessionsfamilien in der ökumenischen Bewegung«, in: Evangelische Kommentare, 3, H. 1, 1970, S. 3 ff.

Bis zu diesem Punkt der Argumentation könnte es scheinen, als sollten hier nur die *funktionalistischen* Theorien der Sozialwissenschaftler und Politologen auf die Kirche übertragen werden<sup>6</sup>. Sie besagen, daß die rein technischen Aufgabenlösungen in der Welt eine immer stärkere Kooperation erzwingen und so auch das politische Gefüge unseres Planeten unterlaufen und schließlich von selbst verändern. Kritischer gegenüber diesem rein technischen Ansatz sind schon die »Neo-Funktionalisten«, die ausdrücklich bei jedem neuen Schritt funktionaler Kooperation die Möglichkeit und Notwendigkeit der gleichzeitigen Veränderung der politischen Machtstrukturen ins Auge fassen<sup>7</sup>.

Gewiß müssen die Kirchen in der Wahrnehmung ihres politischen Auftrags der Nächstenliebe auch auf diesen Ebenen an der Friedensförderung teilnehmen und erwägen, welche strukturellen Konsequenzen sich daraus für ihre eigene ökumenische Gestalt ergeben. Dennoch reicht diese Art der Überschreitung des regionalen Prinzips noch nicht aus. Es könnte ja sein, daß die Christenheit durch ihren Glauben an Gott gerade für diejenigen Fragen besondere Verantwortung trägt, die die Voraussetzungen und Zielsetzungen des funktionalen Denkens und Handelns betreffen. Die Frage des Weltfriedens auch in diesem Bereich ansiedeln heißt, nicht nur die politische Dimension zur technischen hinzuzufügen, sondern zum Beispiel das Problem der Weltreligionen, Kulturen und Ideologien oder das der christlichen Botschaft von dem versöhnenden Handeln Gottes aufzuwerfen. Ich würde deshalb das *Strukturprinzip*, das *umfassender* als das regionale ist, nicht als funktional, sondern als *problemorientiert* bezeichnen. Das problemorientierte Prinzip enthält damit in sich freilich auch die Aspekte der regionalen und funktionalen Strukturen jeder Größe, bezieht diese aber immer auf die umgreifenden Problemstellungen, denen sie zu begegnen haben, und begrenzt sie auf diese Weise. In diesem Sinn müßte in der Kirche neben das regionale Strukturprinzip das problemorientierte treten. Konkret heißt dies, daß Gruppen, die zeitbezogen ganz bestimmte Probleme sehen, studieren und sich die Mithilfe bei deren Lösung zum Ziel setzen, und die man deshalb Projektgruppen nennen könnte, institutionelle Chancen bekommen sollten.

<sup>6</sup> Vgl. E. Senghaas-Knobloch, a. a. O., S. 13 ff.

<sup>7</sup> Vgl. ebd., S. 187 ff.

Blickt man von dieser grundsätzlichen Überlegung aus auf die Frage zurück, wie die ökumenische Dimension intensiver als bisher in den regionalen Kirchen zum Zuge kommen könnte, so muß man untersuchen, wie in ihnen das problembezogene Strukturprinzip stärker zu verwirklichen ist; denn die universalen Weltprobleme, die gleichzeitig Probleme der Weltchristenheit sind, sprengen den regional beschränkten Horizont auf. Um diesen Vorgang virulent werden zu lassen, reicht es aber nicht aus, daß Repräsentanten der Leitungen regional strukturierter Kirchen und einzelne Sachverständige in Kontakt mit dem Ökumenischen Rat der Kirchen und seinen Organen stehen. Auf diese Weise lassen sich erfahrungsgemäß die universalen Perspektiven nicht in den Lebensvollzug der Kirchen auf allen Ebenen einbringen. Wenn es wirklich die Probleme sind, die eine überregionale Antwort herausfordern, so müßten die Gruppen, die sich solcher Probleme annehmen, zum tragenden Strukturelement auch der regionalen Kirchenorganisationen gemacht werden. Im Fall der universalen Weltprobleme werden sie konstitutiv international zusammengesetzt sein oder doch mit Gruppen anderer Länder zusammenarbeiten.

Beispiele solcher Gruppen, welche die Friedensfrage in ihren verschiedenen Dimensionen aufgegriffen haben, gibt es bereits. Auf der Ebene der interideologischen Probleme ist vor allem die Prager Friedenskonferenz mit ihren regionalen Ausschüssen zu nennen. Trotz vieler sachlich offengebliebener Fragen und trotz ihres tragischen Schicksals im Zuge der tschechischen Ereignisse bleibt ihr hartnäckiger Dialog über das Verhältnis von Christentum und Marxismus im Kontext der Weltentwicklung bahnbrechend. Diese Frage wird in der Zukunft noch eine zunehmende und erweiterte Bedeutung bekommen, wenn man bedenkt, daß alle Kulturen und Religionen in ein Gespräch darüber gezwungen werden, wie sie die Probleme der wissenschaftlich-technischen Zivilisation *menschlich* meistern wollen<sup>8</sup>. Im Bereich der praktischen Friedensförderung ragen besonders die in diesem Band von W. v. Eichborn beschriebenen verschiedenen Friedensdienste hervor. Vielfältig ist auch das Engagement des Inter-

---

<sup>8</sup> Vgl. Marxismusstudien, Sechste Folge, Weltreligionen und Marxismus vor der wissenschaftlich-technischen Welt, hrsg. v. U. Duchrow, Tübingen 1969. Im Frühjahr 1971 wird die Siebente Folge mit Beiträgen zu Problemen des »Humanum« erscheinen.

kerkelijk Vredesberaad in den Niederlanden und seiner Studien-  
gruppen, deren Tätigkeit C. P. van Andel vorstellt.  
Strukturell besonders interessant scheint mir an den holländischen  
Initiativen vor allem der Vorschlag zu sein, die Gruppen junger  
Menschen zu unterstützen und zur öffentlichen Anerkennung zu brin-  
gen, die anstelle des Wehrdienstes in einer UNO-Friedenstruppe dien-  
en wollen<sup>9</sup>. Gewiß steht die UNO in ihrer jetzigen Verfassung vor  
einer Fülle ungelöster Probleme<sup>10</sup>, zumal das Vetorecht im Sicher-  
heitsrat verhindert, daß eine UNO-Truppe in Konflikte eingreifen  
kann, in die die Großmächte direkt verwickelt sind. Vietnam und  
die ČSSR sind sprechende Beispiele dafür. Man kann aber wohl  
gegen jene Einwände folgende Argumente geltend machen. Im Rah-  
men der UNO läßt sich wie nirgends sonst die Bindung einer heute  
angemessenen Sicherheitspolitik an eine umfassende Rechts- und Frie-  
densordnung auf der Basis der Menschenrechte und des »friedlichen  
Wandels« deutlich machen. Würden sich solche Projektgruppen zur  
praktischen Förderung einer UNO-Friedenstruppe (mit spezieller  
Ausbildung für ihren unparteiischen Dienst o. ä.) quer durch viele  
regionale Kirchen hindurch bilden, so würde hier eine neue Form  
von außerordentlich wirksamer ökumenischer Struktur entstehen.  
Sie würden innerhalb der Nationalkirchen ein ständiges Stimulans  
sein, die theologische Diskussion aus der Sackgasse einer statischen  
Alternative von Wehrdienst und Kriegsdienstverweigerung heraus-  
zuführen<sup>11</sup>. Gleichzeitig würde ein wichtiges Zeichen dafür gesetzt,  
daß die Kirchen sich heute nicht mehr mit dem anachronistischen  
politischen System souveräner Nationalstaaten oder großmachtbe-  
herrschter, konkurrierender Blöcke identifizieren können. Dadurch  
würde grundsätzlich die selbstverständliche Allianz von Kirchen und  
De facto-Gewalten infrage gestellt. Stattdessen würden die Macht-  
strukturen kritisch befragt, wieweit sie dem gerechten Frieden förder-  
lich und unter diesem Maßstab kontrollierbar sind. Das würde ganz

<sup>9</sup> S. Guido Brunner, »Die Friedensaktivitäten der Vereinten Nationen in  
Korea, Suez, im Kongo, in Cypern und am Gaza-Streifen«, in: E. Krippen-  
dorf (Hrsg.), Friedensforschung, Köln/Berlin 1968, S. 439 ff.

<sup>10</sup> Vgl. E. Senghaas-Knobloch, a. a. O., S. 128, aber auch S. 26 ff. zu Kon-  
zeptionen einer neuen Form von Weltregierung.

<sup>11</sup> Daß und wie die in Atomzeitalter — Krieg und Frieden (hrsg. v. G.  
Howe) entwickelte Komplementaritätsthese in diesem Sinn mißverstanden  
werden konnte, zeigt G. Scharffenorth, o. S. 58 ff.

praktisch dazu beitragen, die herrschenden Mächte unter ständigen Druck zu setzen, das jetzige System legitimieren zu müssen, was theoretisch unmöglich ist. Breitet sich der Verlust an Legitimitätsbewußtsein aus, so würde ein Zwang zur realen Veränderung erzeugt<sup>12</sup>.

Durch solche Projektgruppen würde also gleichermaßen das Weltproblem Friedenssicherung in hervorragender Weise einer Lösung näher geführt wie auch die transnationale und ökumenische Perspektive bis in die kleinsten gesellschaftlichen und kirchlichen Einheiten hinein zur Geltung gebracht.

Speziell für Deutschland fällt freilich zunächst die Möglichkeit des UNO-Dienstes als Alternativdienst und damit die Beteiligung an einem solchen ökumenischen Projekt aus. Immerhin gäbe es außer den zunächst genannten viele brennende Probleme, die ökumenische Gruppen aufgreifen könnten und müßten. Neben den vielfältigen Entwicklungsfragen wäre zum Beispiel ein sehr vielschichtiges Problem zu nennen, das u. a. ökonomische, soziale, politische, gruppenpsychologische und religiöse Dimensionen hat, aber von Christen und Nichtchristen gleichermaßen verdrängt wird: das Problem der ausländischen Gastarbeiter. Wie können sie in unsere Gesellschaft eingegliedert und in ihre eigene zurückgeführt werden, und welche Chancen enthält dieser Prozeß für den Weltfrieden und die Weltentwicklung?

Es ist keine leichte Frage, detailliert zu entwickeln, wie solche Gruppen, die sich ausschließlich auf ein zeitlich und sachlich begrenztes Projekt beziehen, darüber hinaus möglichst überkonfessionell und international zusammengesetzt sind, in den Institutionen — und das heißt in den Entscheidungsgremien und den Finanzplänen der Kirchen — angemessen vertreten sein können<sup>13</sup>. Darüber hinaus handelt es sich häufig um unkonformistische Pioniere, welche die brisanten Probleme aufgreifen — und dies häufig einseitig — und so mit Kirche und Gesellschaft in Konflikt geraten. So wurde etwa die Prager Friedenskonferenz und ihre regionale Arbeit im Westen nicht nur nicht unterstützt, sondern eher diffamiert. Die Friedens-

---

<sup>12</sup> Vgl. auch die Bedeutung, die Loyalitätsänderungen von Gruppen innerhalb der Gesellschaften haben. Dazu s. E. Senghaas-Knobloch, a. a. O., S. 162 ff.

<sup>13</sup> Ein interessantes Beispiel enthält K. Desseckers Beitrag im Blick auf Projektgruppen für den Religionsunterricht; s. o. S. 234 ff.

dienste wurden kaum zur Kenntnis genommen. Gerade wegen ihrer ökumenischen Struktur oder konfessionellen Ungebundenheit konnten sie von der Kirche nicht als förderungswürdig anerkannt werden. Neben diesen ideologischen Hindernissen gibt es aber auch ganz praktische. Die Komplexität der universalen Probleme in einer wissenschaftlich-technischen Zivilisation erfordert auch eine Verarbeitung einer Menge von komplexen Informationen — unter Anwendung komplexer Methoden. Andererseits können bestens ausgerüstete Teams ideologisch verhärtet sein oder von Machtinteressen mißbraucht werden, während ganz mittellose Gruppen die wahren Probleme der Zukunft wahrzunehmen vermögen. Hier möglichst flexible Strukturen zu entwickeln, die beide Aspekte zu berücksichtigen erlauben, ist eine noch ungelöste Aufgabe für die Kirchen.

Auch in dieser Frage scheinen die holländischen Erfahrungen wegweisend. Hier gelang es nämlich nicht nur, quer durch die Kirchen (einschließlich der römisch-katholischen), christlichen Vereinigungen und Regionen hindurch etwa zweihundert Arbeitsgruppen zu koordiniertem Engagement für Friedensfragen zu bringen, sondern in die Vor- und Nachbereitungen der jährlichen Friedenswochen auch die theologischen Fakultäten und kirchlichen Akademien und »Werke« einzuschalten. In Deutschland könnten vielleicht die öffentlichen Kirchentage beider großer Konfessionen Modelle dafür entwickeln, wie man Projektgruppen in die Mitverantwortung einbeziehen könnte; denn sie sind von vornherein flexibel angelegt. Aber sollen die regionalen Kirchen und Gemeinden nicht strukturell ferngehalten werden von der Teilnahme an den relevanten Weltprozessen, so müssen auch in ihrem Bereich problemorientierte Gruppen gefördert und ermutigt werden<sup>14</sup>. Denn — so lautet zusammengefaßt die hier zunächst hypothetisch entwickelte Thesenreihe —

1. universale Weltprobleme wie Friedenssicherung und -förderung können heute nur in einer konstitutiv ökumenisch strukturierten Kirche angemessen wahrgenommen werden<sup>15</sup>.

---

<sup>14</sup> Vgl. die ökumenische Studie *Die Kirche für andere*, Genf 1967.

<sup>15</sup> Die Beziehung von ökumenischer und weltlicher Einheit, die in dieser Problemskizze nicht ausdrücklich zum Thema erhoben werden konnte, ist freilich, theologisch gesehen, eine indirekte. Sonst würde sie zu einer gefährlichen christlichen Einheitsideologie mißbraucht werden. Seit Augustin die nachkonstantinische Reichstheologie theologisch-eschatologisch relativierte, sollte klar sein, daß die Christenheit — wie verborgen sie immer sei —

2. Dazu reicht die gegenwärtige Struktur von regionalen Kirchen und ökumenischem Überbau nicht aus. Vielmehr müssen die Weltprobleme selbst in Projektgruppen aufgegriffen und diese in den offiziellen Kirchen als neues Strukturelement neben dem regionalen berücksichtigt werden.

---

eine Differenz selbst zu einer »friedlich« vereinten Menschheit behält; denn die Einheit der Christen beruht auf dem Geschenk der kommenden, allerdings schon in Zeichen angebrochenen versöhnenden Herrschaft Gottes. Dennoch ist die den Menschen zur Verwirklichung aufgetragene Einheit indirekt auf die geschenkte bezogen, insofern die Liebe Gottes die Liebe — und das heißt politisch zumal Friede — unter allen Menschen fördert. In der Kommission für Glaube und Kirchenverfassung des Ökumenischen Rats ist das Thema »Einheit der Kirche und Einheit der Menschheit« gerade zum Studiengegenstand gemacht worden; vgl. Study Encounter V, No 4, Genf 1969, S. 163 ff.